



HESSISCHER LANDTAG

02. 11. 2017

INA
UJV

Dringlicher Berichts Antrag der Fraktion der SPD betreffend Abschiebungshaft in Hessen

Bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte am 17. Juli 2014 hat Hessen europarechtswidrig die Abschiebungshaft in Strafvollzugsanstalten vollzogen. Obwohl der Bedarf an Abschiebungsplätzen in den letzten Jahren gestiegen ist, hat die Landesregierung lange nicht gehandelt. Erst Anfang des Jahres, also zweieinhalb Jahre später, entschied sie sich, auf die Suche nach einer geeigneten Räumlichkeit zu gehen. Die Standortsuche ist bis heute von einem großen Durcheinander geprägt. Im Juni hatte die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann die Bediensteten in der JVA Limburg darüber informiert, dass diese Anstalt umorganisiert werden solle, um dort künftig Abschiebungshäftlinge unterzubringen. In einer von der SPD-Fraktion beantragten Sondersitzung der zuständigen Ausschüsse erklärte Innenminister Beuth kurz darauf hingegen, dass noch keine abschließende Entscheidung gefallen sei, an welchem Standort eine hessische Abschiebungshaftanstalt entstehen solle. In Betracht kämen die JVA Limburg, die ehemalige Jugendarrestanstalt Friedberg sowie die Zweiganstalt Kaufungen der JVA Kassel I. Nun hat Innenminister Beuth im Rahmen einer Plenardebatte mitgeteilt, dass die Abschiebungshaft im offenen Vollzug der JVA Darmstadt vollzogen werden soll.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) und im Unterausschuss Justizvollzug (UJV) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche konkreten - insbesondere baulichen - Maßnahmen müssen in der JVA Darmstadt noch ergriffen werden, um eine Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige zu schaffen, die den europarechtlichen Vorgaben entspricht?
Wie wird insbesondere
 - a) die getrennte Unterbringung von Frauen und Männern sichergestellt,
 - b) eine gesonderte Unterbringung für Familien gewährleistet,
 - c) ein Aufenthalt im Freien sichergestellt,
 - d) die Freizeitgestaltung erweitert?
2. Welche Kosten entstehen der Landesregierung durch die in der Antwort auf Frage 1 benannten Maßnahmen?
Werden auch Bundesmittel für die Maßnahmen verwendet?
Wenn ja, wie hoch sind diese?
3. Wie viele Abschiebungshaftplätze werden geschaffen und wie viele Personen werden zusammen untergebracht?
4. Plant die Landesregierung, nur bestimmte Personengruppen (beispielsweise Straftäter) in Abschiebungshaft zu nehmen bzw. schließt sie die Unterbringung anderer Personengruppen (beispielsweise Minderjährige oder Familien) aus?
5. Aus welchen Gründen wurde der Standort in Darmstadt erst nachrangig geprüft, nachdem von der Landesregierung zunächst die JVA Limburg, die ehemalige Jugendarrestanstalt Friedberg sowie die Zweiganstalt Kaufungen der JVA Kassel I als potenzielle Standorte genannt wurden?
6. Warum hat die Hessische Landesregierung den Hessischen Landtag erneut nicht in die Entscheidungsfindung mit einbezogen?

7. Wann wurde die Anstaltsleitung der JVA Darmstadt und wann wurden die Bediensteten der JVA Darmstadt über die Entscheidung der Landesregierung informiert und wie wurde die Entscheidung aufgenommen?
8. Wann wurden welche Vertreter der kommunalen Seite über die Entscheidung der Landesregierung informiert und wie wurde die Entscheidung aufgenommen?
9. Wie viele Gefangene sind derzeit im offenen Vollzug der JVA Darmstadt untergebracht und wo soll ihre Unterbringung künftig erfolgen?
10. Hat die Umstrukturierung der JVA Darmstadt auch personelle Veränderungen zur Folge? Wenn ja, welche?
11. Welcher Aus- und Fortbildungsbedarf besteht nach Auffassung der Landesregierung für die Bediensteten des offenen Vollzugs der JVA Darmstadt, wenn diese zur Gewahrsams-einrichtung für Ausreisepflichtige umorganisiert wird?
Werden die Bediensteten übernommen?
Welchem Laufbahnzweig werden die Bediensteten zukünftig angehören bzw. wie wird deren Dienstrecht zukünftig ausgestaltet sein?
12. Wie viele Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sollen in der Abschiebungshafteinrichtung eingesetzt werden?
Welche Aufgaben erhalten die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten?

Wiesbaden, 2. November 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel